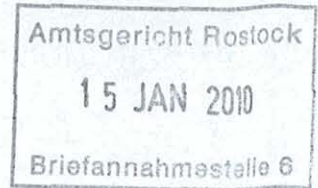


DR. HARTWIG STIEBLER
RECHTSANWALT



RA DR. HARTWIG STIEBLER · Goltsteinstrasse 31 · D-40211 Düsseldorf

Amtsgericht Rostock
Zochstr. 13

18057 Rostock

Goltsteinstrasse 31
D-40211 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 35 43 25
Mobil +49 (0)172 691 50 36
Fax +49 (0)211 35 72 50
hartwig.stiebler@rechtsanwalt-stiebler.de

Datum:

14.01.2010

Zeichen:

St-ep
013-2010

In dem Rechtsstreit

Bioaktiv GmbH

g e g e n



- 42 C 118/09 -

wird im Hinblick auf den Widerspruch der Antragsgegnerin vom 28.10., zugestellt am 16.11.2009 beantragt, den

Widerspruch zurückzuweisen und die einstweilige Verfügung vom 28.04.2009 aufrechtzuerhalten.

Begründung:

Die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Rostock vom 28.04.2009, zugestellt am 15.05.2009 ist zu Recht ergangen. Die Antragsgegnerin hat in ihrem Widerspruch vom 28.10.2009 keine Gründe dargelegt, die die Rechtmäßigkeit der erlassenen einstweiligen

Verfügung in Zweifel ziehen. Soweit die Antragsgegnerin in dem von ihr angestregten Hauptsacheverfahren vor dem Amtsgericht Rostock, Az. 42 C 259/09 die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung beanstandet hat, hat das Amtsgericht Rostock durch Urteil vom 03.12.2009 antragsgemäß zu Gunsten der Antragsstellerin entschieden.

Im Hinblick auf den Gesichtspunkt des Verfügungsgrundes wird ergänzend wie folgt vorgetragen:

1. Der geltend gemachte Unterlassungsanspruch wird auch auf verbotene Eigenmacht gestützt. Nach wohl herrschender Auffassung in der Judikatur und Literatur setzt der Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen verbotener Eigenmacht keinen besonderen Verfügungsgrund voraus (OLG Frankfurt BB 1981, 148; OLG Stuttgart NJW-RR 1996, 1516; OLGR Düsseldorf 2002, 175; Schur ZMR 2000, 802 ff. (807); Münchener Kommentar BGB/Joost § 861 Rn 16).
2. Hilfsweise wird ergänzend zu den bisherigen Ausführungen zur Darlegung des Verfügungsgrundes wie folgt vorgetragen:

Zweifelsfrei war Dringlichkeit bei dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegeben, da weitere Aktionen der Gentechnikgegner gegen Freisetzungversuche angekündigt waren und die Antragsgegnerin trotz mehrfacher Aufforderung die strafbewehrte Unterlassungserklärung nicht abgegeben hat. Der Verfügungsgrund kann hingegen entfallen, wenn der gleiche Erfolg im ordentlichen Prozesswege zu erzielen ist und vor allen Dingen, wenn keine besondere Dringlichkeit für eine sofortige Regelung vorliegt, wenn also die Antragstellerin auch mit einer späten Realisierung ihres Rechtes gedient ist (Stein-Jonas § 940 ZPO Rn 7, 2002; Mü-Ko-ZPO-Heinze § 940 Rn 10).

In Groß-Lüsewitz werden auch im Jahr 2010 Freisetzungversuche für diverse gentechnisch veränderte Kulturen durchgeführt.

Bereits jetzt werden zur Vorbereitung der Anpflanzung Bodenproben genommen, um die Nährstoffgehalte zu prüfen und dem Bedarf entsprechend zu düngen. Die Aussaat/Auspflanzung beginnt dann im März 2010 bis Mai 2010.

Aktivisten, deren Ziel auch die Zerstörung der Freisetzungversuche in Groß-Lüsewitz ist, rufen im Internet

wie folgt auf:

„Wie immer also: Es werde Wut ... und dann Widerstand. Das nächste Frühjahr kommt bestimmt.“

„Die Ausbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen kann also nur verhindert werden, wenn die Quellen gestoppt werden: Die Felder mit gv-Pflanzen oder, noch einen Schritt vorher, die Labore und Firmen, die solche Pflanzen entwickeln, sowie die staatlichen Förderprogramme, deren Millionen das alles erst provozieren.“

„Formal können die Firmengeflechte um die Vielfachgeschäftsführerin Kerstin Schmidt und die Uni-Professorin Inge Broer daher die Flächen auch 2010 noch nutzen. Verhindern könnte das ein deutlicher Widerstand vor allem aus der Region.“

Da die Antragsgegnerin trotz mehrfacher Aufforderung keine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgegeben hat, besteht eine tatsächliche Vermutung ihrer weiteren Teilnahme an einem unberechtigten Betreten und der Zerstörung/

Teilerstörung von Pflanzgut der Freisetzungsfäche in Groß-Lüsewitz.

Im Hinblick auf die aufgezeigten Vorbereitungsmaßnahmen für die Aussaat/Anpflanzung würde eine Unterlassungsklage den gebotenen Rechtsschutz nicht mehr rechtzeitig bewirken, so dass auch insoweit die Dringlichkeit gegeben ist.

Die Einleitung eines weiteren einstweiligen Rechtsschutzverfahrens hingegen widerspräche dem Gebot der Prozessökonomie.

Hartwig Stübler

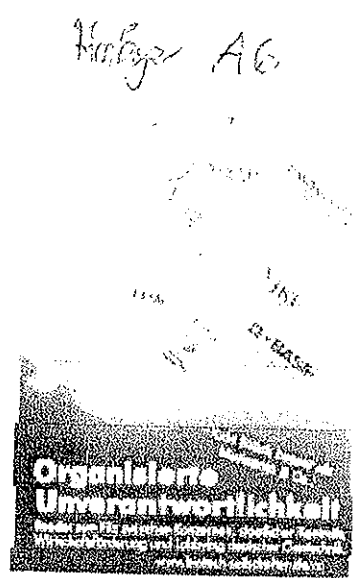
Beglaubigte und einfache Abschrift anbei

Beglaubigt
Rechtsanwalt

Seilschaften in der deutschen Agro-Gentechnik

Newsletter für AktivistInnen und JournalistInnen (25. Oktober 2009)

Nachrichten zum Reader „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und neuen Entwicklungen in den Seilschaften zwischen Behörden, Konzernen, Geldgebern, Forschung und Lobbygruppen deutscher Gentechnik



Vortrag "Deutsche Gentechnik - Verflechtung von Staat und Konzernen"

- 26.10.2009, 19 Uhr in Leipzig, "Die Vorratskammer" FoodCoop LE-Ost (Eisenbahnstr. 109)
- Mittwoch, 28.10. um 19 Uhr in Halberstadt (Bollmann's Gaststätte, Bakenstr. 63)
- 29./30.10. weitere Vorträge zur Mobilisierung für die Demo am 31.10. in Erfurt (12 Uhr, Landwirtschaftsministerium), wegen erneuter Inhaftierung des Bio-Imkers Micha Grolm!

Menschen können sie einsperren, Pollen nicht!

Der autoritäre Staat zeigt Zähne gegen die Gentechnikkritik

Als erster Feldbefreier wurde Bio-Imker Micha Grolm am 27. August ins Gefängnis Goldlauter (Suhl) gesperrt. Sein Vergehen: Zertreten von MON810-Mais, der zu dem Zeitpunkt schon verboten war. Am Dienstag, den 22. September, musste der zweite Feldbefreier seine Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Kassel 1 (Theodor-Fliehdner-Straße 12) antreten: Christian Pratz, Biolandwirt und Student in Witzenhausen, hatte ebenfalls gentechnisch veränderte Maispflanzen ausgerissen. Am 5. Oktober folgte dann Karl Braig. Auch er hatte Gemmais ausgerissen und zog mit einer Protestkolonne ins Gefängnis Rottenburg/Neckar. Inzwischen ist auch er wieder entlassen. Ende Oktober soll erneut Michna Grolm ins Gefängnis – seine Strafhaft für die Feldbefreiung '07!

• Berichte auf www.gendreck-weg.de

Hallo,
Sommer und Herbst haben Spuren hinterlassen in der Auseinandersetzung um die grüne Gentechnik. Die Nachrichten sind nicht rosig. Ganz verkürzt könnte man sagen: Die schlimmsten Befürchtungen werden wahr – und die Gentechniklobbyisten freuen sich. Sie können sich freuen über ...

- Immer schneller hintereinander hereinprasselnde Nachrichten über frische Funde gentechnisch verunreinigten Saatgutes und Lebensmittel. Denn: Wenn alles verseucht ist, haben die Täter gewonnen.
- Immer härtere Strafen gegen GentechnikgegnerInnen, die nicht nur Postkarten unterschrieben, inzwischen drei Inhaftierungen und ein erneutes Abschreckungsurteil der politischen Justiz in Gießen gegen Aktivisten, einschließlich der in Urteilsform gegessenen Feststellung, dass Gentechnik nicht zu bremsen und nicht zu kontrollieren sei – und deshalb nicht bekämpft werden dürfe!
- Immer neue Fördermillionen und ausreichend dumme FunktionärInnen in den Apparaten von Umwelt- und Biolandbauverbänden, die selbst die Anlage von mehr Versuchsfeldern fordern, wenn sie doch nur als Sicherheitsforschung deklariert werden (was in Deutschland ja bei fast jedem Feld der Fall ist).
- Immer dreister treten die GentechnikmacherInnen auf. Der neueste Schrei: Die führenden Wissenschaftsinstitutionen des Landes fordern einen Freibrief für Genforschung (Abschaffung aller Kontrollen) bei gleichzeitiger Garantie des Staates, für alle Pannen und Auskreuzungen zu haften!

Es immer also: Es werde Wut ... und dann Widerstand. Das nächste Frühjahr kommt bestimmt. Und auch eine schwarz-gelbe Regierung setzt diese Technik nicht durch, wenn der Widerstand stimmt. Die Hoffnung auf Parteien und verfilzte Behörden hat noch nie getragen. Es kommt auf uns selbst an, dafür zu sorgen, dass sie nirgends mehr ein Feld oder ein vorbereitendes Labor trinken. Beste Grüße aus der Projektwerkstatt nach Bayern und überall.

Abschreckungsurteil in Gießen: Erstmals lange Haftstrafen für Gentechnikgegner zu erwarten!

Jetzt ist auch die Berufung (2. Instanz) gegen zwei Feldbefreier in Gießen abgeschlossen. Beendet ist damit das Ganze aber nicht, denn die erneut zu Haftstrafen von vier bzw. sechs Monaten Verurteilten gehen in Revision. Hauptgrund: Der Streit um den § 34 StGB, auf dessen rechtfertigenden Notstand wir uns beriefen. Das Urteil bot neben der bekannten Neigung von Richtern, keine Lücken ihrer gesetzlichen Allmacht zuzulassen und folglich die Existenz oder Wirksamkeit des § 34 weitgehend zu leugnen, eine faustdicke Überraschung. Richter Nink urteilte nach 8 heftig umkämpften Verhandlungstagen, dass Widerstand gegen die grüne Gentechnik nicht zulässig sei, weil er nicht erfolgversprechend ist. Grund: Die hochgefährliche Gentechnik sei bereits außer Kontrolle und breite sich unwiderruflich überall aus: "Der Geist ist aus der Flasche" sagte er wörtlich, beschleunigte dem am 2.5.2006 angegriffenen Gengetreidefeld der Uni, skandalös schlampig organisiert worden zu sein und gab Hinweise, dass die dreisten Fälschungen und Schlampigkeiten der Versuchsleitung (Prof. Kogel und Team) auch Gegenstand von Wirtschaftsstrafverfahren oder Untersuchungsausschüssen sein könnten. Doch das hielt ihn nicht davon ab, die Überbringer der schlechten Nachrichten hart zu bestrafen. Er verurteilte die Aktivisten, obwohl wir uns - um Gegensatz zum Richter und den Sachverständigen - gegen das, was der Richter selbst für gefährlich einstufte, gewehrt hat-

Jörg Bergstedt

ten. Mit diesem Urteil dürfte der Richter der Gentechnik-Industrie einen großen Gefallen getan haben, da deren Strategie, die unerwünschte Technik durch unkontrollierte Anwendung faktisch durchzusetzen, nun aufgeht. Eher ins Gruselkabinett und in Kategorie eitelkeitsgekränkter Richterlichkeit verschiebe ich die Begründung für meine besonders hohe Bestrafung. Intensiv hatte ich die Hintergründe der Gentechnik und die Rolle des Staates bei der Durchsetzung von Macht- und Profitinteressen aufgedeckt. Kritik an der bürgerlichen Rechtsordnung aber müsse bestraft werden, befand der Richter und erhöhte deswegen das Strafmaß um zwei Monate. Für insgesamt sechs Monate soll ich nun hinter Gitter (ohne Bewährung selbstverständlich), weil ich ein – auch in den Augen des Richters – gefährliches, rechtswidriges und schlampig geführtes Genversuchsfeld attackiert hatte.

- Berichte auf www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm

Was fällt mir dazu ein? Ein Spruch von Kurt Tucholsky: „Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Serviceipp:
Für alle die wegen Aktionen gegen die Gentechnik angeklagt wurden, wurden etliche der bisher gestellten Anträge vor Gericht dokumentiert. Sie können als PDF aufgerufen werden. Wer will, kann daraus eigene Anträge formen, Passagen entnehmen, umbauen usw. Zu finden unter www.projektwerkstatt.de/gen/prozess/lassanfragen/antraege.html

Pollen gelangen überall hin!

Während die Menschen hinter Gitter gesteckt werden, jagt eine schlechte Nachricht die andere. Die längst unkontrollierbar gewordenen Gentechnik erreicht immer mehr Lebensmittel und Saatguthändler. Was in Süd-, Nordamerika und Teilen von Asien schon Alltag ist, droht jetzt auch Europa: Gentechnikfreiheit wird zum Gegenstand der Geschichtsschreibung. Schuld daran ist nicht hauptsächlich, aber auch eine absurde Propaganda vieler gentechnikkritischer Verbände, mensch könne durch die Wahl der richtigen Produkte im Laden die Auskreuzung eindämmen.

- Schlechte Nachrichten von der Auskreuzung: www.projektwerkstatt.de/gen/koexistenz.htm

Kommentar:

Die Strategie der glücklichen Insel war und ist dumm!

Ob Umwelt- oder Biolandbauverbände, Grüne oder viele weitere – in der Hauptsache beschränken sich ihre Vorschläge zur Verhinderung der Agrogentechnik auf das richtige Kaufverhalten oder auf solche politischen Entscheidungen, die das Kaufverhalten beeinflussen. Klarer Spitzenreiter der Hitliste politischer Vorschläge: Die Kennzeichnung. Dann könne sich der Verbraucher, so die Behauptung, entscheiden, ob er/sie gentechnikfrei leben will oder nicht. Gleichzeitig ist von den genannten Verbänden und Parteien dort, wo die deutschen Genfelder des Jahres 2009 stehen, nicht oder fast nichts zu sehen.

Diese strategische Entscheidung ist fatal und ein Teil des Problems. Es wird Zeit, dass die Bin-Tomaten von den Augen fallen und die einschläfernden Illusionen der Grünen, Umwelt- und Biolandbauverbände platzen. Denn die Gentechnik ist etwas, was sich von selbst auskreuzt – und zwar unauffhaltsam überall in, solange es die Quellen gibt. Die Ausbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen kann also nur verhindert werden, wenn die Quellen gestoppt werden: Die Felder mit gv-Pflanzen, noch einen Schritt vorher, die Labore und Firmen, die solche Pflanzen entwickeln, sowie die staatlichen Förderprogramme, deren Millionen das alles erst provozieren. Solange sie be-

stehen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die gv-Bestandteile in den Regalen ankommen – egal ob Supermarkt oder Bioläden. Werden Produkte gekennzeichnet, aber die Felder belassen, so ist die Kennzeichnung nicht als die Suggestion einer Wirkung, die Schaffung einer Wohlfühlzone scheinbarer Idylle. Sie mutiert zur gefährlichen Beruhigungsspielle und trägt dazu bei, dass die 80 Prozent GentechnikgegnerInnen ruhig und abwartend das totale Desaster, nämlich die Auskreuzung der gv-Pflanzen in alle Ecken der Welt hinnehmen. Übrigens: Das bewusste Einkaufen beim Bauernhof, im Bioladen oder in anderer Weise politisch überlegt bleibt dennoch wichtig. Es hilft, selbstbestimmte Wirtschaftsweisen zu erhalten, Spritzmittel zu reduzieren und den Boden zu schützen. Nur gegen Gentechnik hilft es wenig.

Nachrichten aus dem Dunkel: Hinter den Kulissen der Gentechnik-Seilschaften

Treffpunkt Börde (ein Bericht)

Es ist Montagmorgen, den 7. September dieses Jahres. Große, teure und meist schwarze Limousinen kommen die Straße im kleinen Dorf Üplingen entlang und biegen auf den Parkplatz nördlich des Stiltsgutes ein - vorbei an mehreren Polizeiwagen und den zusätzlich bezahlten privaten Wachleuten, die den meist einzeln fahrenden Damen und Herren Geleitschutz geben. Hier treffen sie sich: Die Seilschaften der deutschen Gentechnik. An den Kennzeichen der Wagen ist die Zugehörigkeit der meisten zu erahnen. Vier Audis aus Düsseldorf bringen Angehörige Monsanto zum Jahrestreffen des wichtigsten Lobbyverbandes InnoPlanta. Aus Stade kommt ein Auto der Firma Pioneer, mehrere stammen aus dem Kreis Northeim, wo Einbeck liegt - der Firmensitz der KWS Saatgut AG. Zwischen ihnen fahren LobbyistInnen aller Couleur, willfähige JournalistInnen und FunktionärInnen von SPD, FDP und Grünen aufs Gelände. Geldgebende Ministerien fehlen ebenso wenig wie Mitarbeiter der Überwachungsbehörden. Die sollen zwar eigentlich die Gentechnikanwendung unabhängig kontrollieren - aber das geschieht in diesem Land ohnehin nicht. Stattdessen tummeln sich die Beamten gleich direkt dort, wo es um Lobbyarbeit und Geschäfte geht. Denn fachliche Vorträge hat der Tag nicht zu bieten, ideologische Einschwörung auf das gemeinsame Ziel der Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen bestimmt das Bild der Diskussionen bis hin zum Hauptvortrag aus dem Mund des extra eingeladenen Ex-Wirtschaftsministers Wolfgang Clement.

Für mich hatten die Veranstalter auch eine Sonderrolle vorgesehen. Ich hatte mich ordnungsgemäß angemeldet, eine Bestätigung erhalten, doch drei Tage vor Beginn lud mich InnoPlanta-Chef Uwe Schrader persönlich wieder aus – gleich mit Androhung von Polizei. Kritische Blicke oder Worte waren offenbar nicht erwünscht.

- Bericht auf <http://de.indymedia.org/2009/09/260300.shtml>

Kampffeld Gericht:

Schrader, Schmidt und Rehberger wollen Kritik verbieten fassen!

Nicht nur die Strafgerichte machen sich zu willigen Vollstreckern profitgeiler Forscher und Firmen. Zwei aktuell und eine ehemals wichtige Gestalt der Gentechnik-Szenarie in Deutschland klagen nun auch vor einem Zivilgericht in Saarbrücken. Das Ganze richtet sich gegen